

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 91520-0
Telefax: (0228) 91520-12 (Redaktion)
91520-15

Inhalt

Verbesserung des Wettbewerbs und branchenspezifische Industriepolitik soll der Wirtschaft bei der Lösung ihrer Strukturprobleme helfen. Die Eckpunkte einer sozialdemokratischen Industriepolitik nennt Prof. Dr. Uwe Jens MdB.

Seite 1

Mehr Handlungsspielraum für die Kommunen bei Verkehrsbeschränkungen zugunsten des Umweltschutzes fordert Elke Ferner MdB.

Seite 3

49. Jahrgang / 153

11. August 1994

Eckpunkte einer sozialdemokratischen Industriepolitik Zur Verringerung der langfristigen Strukturprobleme der deutschen Industrie ist eine Politik ohne ideologische Verklammerung erforderlich

Von Professor Dr. Uwe Jens MdB
Wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die Bundesregierung vernachlässigt erneut die langfristigen Strukturprobleme der deutschen Wirtschaft. Die Wirtschaft allein ist bei der Lösung der Probleme überfordert. Wirtschaftsminister Rexrodt leidet außerdem an ideologischer Verklammerung, indem er es ablehnt mit den Verantwortlichen in Industriebranchen Gespräche mit dem Ziel des Konsenses zu führen. Die kleinen Exporterfolge der letzten Monate, aufgrund einer verbesserten wirtschaftlichen Situation im Ausland, haben das Gerede vom "Standort Deutschland" schlagartig verstummen lassen. Wir werden es jedoch nicht zulassen, daß die ungelösten Zukunftsaufgaben in Vergessenheit geraten. Dazu zählen vor allem:

- die Europalastigkeit der deutschen Exporte und die Schwächen der Wirtschaft bei der Erschließung der neuen Wachstumsmärkte;
- Innovationsdefizite und das sind vor allem Mängel bei der schnellen wirtschaftlichen Umsetzung neuer Technologien;
- die Arbeitslosigkeit, und das heißt Mangel sowohl an qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen als auch an Arbeitsplätzen mit geringerem Qualifikationsbedarf.

Zu dieser Aufgabe gehören ferner:

- der Ausbau der Infrastruktur, vor allem in den Bereichen Verkehr, Telekommunikation und Energie;
- die bessere Kooperation zwischen Wissenschaft und Forschung mit der Industrie und ihren einzelnen Branchen;
- die Fortentwicklung der Welthandelsordnung durch Einführung sozialer und ökologischer Mindestbedingungen.

Im Rahmen einer sozialdemokratischen Industriepolitik würden wir:

1. einen unabhängigen Zukunfts- und Technologierat errichten und
2. Gesprächsrunden mit Vertretern relevanter Wirtschaftsbereiche einführen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 1901 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verantwortung
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



zu 1.:

Der Zukunfts- und Technologierat hat die Aufgabe, sich strukturellen Problemen und Fragen zu widmen, die von Wirtschaft und Politik nicht angepackt worden sind, zum Beispiel:

- Gestaltung des notwendigen ökologischen Strukturwandels bei gleichzeitiger Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und Sicherung der sozialen Akzeptanz;
- Schwerpunkte in der Technologie- und Innovationspolitik;
- Wege zur Beseitigung des Umsetzungsdefizits von wissenschaftlichen Erkenntnissen in wirtschaftliche Innovationen.

zu 2.:

Die Vorstellungen der Sozialdemokraten sollen beispielhaft am Verkehrssektor dargestellt werden. Nach Gesprächen mit der Automobilindustrie und anderen relevanten Gruppen benötigen wir ein Gesamtkonzept mit folgenden Elementen:

- Integrierte Verkehrskonzepte zur Sicherung der Mobilität;
- energiesparende und abgasärmere Motore;
- schadstoffärmere Kraftstoffe;
- ein Technologieentwicklungsprogramm für den öffentlichen Nahverkehr;
- Verkehrsleitsysteme.

Nur ein solches Paket wirksamer und abgestimmter Maßnahmen wird die Zukunft des Automobils bei gleichzeitiger Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen sichern. Ein weiteres wichtiges Element der Industriepolitik ist die Förderung kleinerer und mittlerer Unternehmen. Der industrielle Mittelstand braucht besondere Hilfen, bei der Entwicklung und Einführung neuer Technologien, bei der Erschließung von Auslandsmärkten und bei der Umgestaltung der Produktionsprozesse.

Dazu gehören:

- der Ausbau der Qualifizierungs- und Weiterbildungseinrichtungen für die Belegschaften;
- die Bereitstellung von risikotragendem Beteiligungskapital, vorwiegend durch Förderung privater Beteiligungsgeber.

Bei der klassischen Zurückhaltung der Banken wird es aber auch nötig sein staatliche Beteiligungsfonds aufzubauen. Spezielle Fonds müssen für die ostdeutsche mittelständische Wirtschaft geschaffen werden, vor allem für Neugründungen;

- das Patentwesen mittelstandsfreundlicher gestalten, Wiedereinführung der Steuervergünstigung für Einkünfte aus Erfindertätigkeit u.a.m.

Die Sozialdemokraten wissen, daß bei der Realisierung konkreter Projekte jede Politik irgendwann branchen- oder gar unternehmensspezifisch wird. Diese spezifischen Eingriffe müssen grundsätzlich auf eine Verbesserung des Wettbewerbs ausgerichtet sein. Außerdem ist eine abgestufte Risikoteilung anzustreben. Je marktnäher ein Projekt ist, desto mehr Verantwortung muß in den Unternehmen liegen. Erforderlich ist bei eventuellen Fördermaßnahmen:

- ein gleitender Übergang von verlorenen Zuschüssen bis hin zu zinsverbilligten Krediten;
- eine zeitliche Befristung und degressive Ausgestaltung;
- die ständige Erfolgskontrolle von Fördermaßnahmen.

Die bisher praktizierte Industriepolitik ist weitgehend Strukturhaltungspolitik insbesondere für Großunternehmen. Sozialdemokratische Industriepolitik will die Zukunftsorientierung erhöhen und den funktionstfähigen Wettbewerb stärken.

Eine Wiederherstellung der extrem guten Gewinnsituation, wie in der 2. Hälfte der 80er Jahre wird alleine nicht zur Lösung der langfristigen Strukturprobleme führen. Nur die aufgezeigte Politik des Dialoges über zukunftsorientierte Strategien in Wirtschaftsbereichen bietet eine Chance.

Dabei darf es nicht zu einer Verwischung von Verantwortungen kommen. Die Letztentscheidung über Investitionen bleibt selbstverständlich in den Unternehmen. Bei Fortsetzung der bisherigen Politik besteht allerdings die Gefahr, daß der Staat zum Erfüllungsgehilfen mächtiger Einzelinteressen wird. Eine Sozialisierung der Risiken und Verluste bei Privatisierung der Gewinne wird es nicht geben.

(-/11. August 1994/hgs/ks)

Mehr Handlungsspielraum für die Kommunen

Verkehrsbeschränkungen für den Umweltschutz müssen erleichtert und nicht erschwert werden

Von Elke Ferner MdB

Stellvertretende verkehrspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

Die vom Bundesverkehrsminister und dem Bundesumweltminister gemeinsam vorgelegte Verwaltungsvorschrift zur Regelung von Verkehrsbeschränkungen in den Gemeinden aus Gründen des Umweltschutzes liest sich wie eine Anleitung zur hektischen Behinderung von Umweltschutz; eine Anleitung zur umweltgerechten Verkehrsgestaltung in den Städten und Gemeinden ist sie nicht.

Erinnern wir uns: Im Frühjahr 1994 wurde endlich die lang angekündigte Verordnung beschlossen, nach der es Städten und Gemeinden leichter gemacht werden soll, bei Überschreitung bestimmter Konzentrationswerte für Stickoxid, Benzol und Ruß Verkehrsbeschränkungen zu verfügen. Wie dies zu geschehen hat, sollte in einer gesonderten Verwaltungsvorschrift geregelt werden. Das Ergebnis ist nicht akzeptabel.

Diese Verwaltungsvorschrift

- ist in den vorgesehenen Abläufen viel zu schwerfällig, um kurzfristig auf eine Überschreitung der Schadstoffkonzentrationswerte in den Ballungszentren reagieren zu können;
- zielt nicht auf Senkung der Emissionen ab, sondern auf deren Feinverteilung - von den Hauptverkehrs- in die Nebenstraßen beziehungsweise Wohngebiete. Etwa nach dem Motto: "Dreck fein verteilt, ist auch sauber";
- schafft erhebliche rechtliche Unsicherheit und Verwirrung bei den Behörden, da ausdrücklich festgestellt wird, daß "Maßnahmen nicht weitergehen (dürfen), als zur Erreichung des Zwecks erforderlich ist". Darf eine Kommune nun nichts mehr tun, um eine Luftqualität herbeizuführen, die unterhalb der Grenzwerte liegt?
- ist zur Bekämpfung des Sommersmogs völlig ungeeignet: Sie enthält keinen Ozongrenzwert; selbst wenn die in der Verordnung festgelegten Schadstoffe die Grenzwerte noch nicht erreicht haben, wird es bereits jede Menge Sommersmog geben;
- schafft so viele Ausnahmemöglichkeiten, daß es für die Kommunen kaum möglich sein wird, darüber eine effektive Kontrolle auszuüben.

Meine Empfehlung als Verkehrspolitikerin:

1. Diese Verwaltungsvorschrift erheblich abspecken, um sie durch Entlastung von bürokratischem Unsinn umwelt- und verkehrspolitisch praktikabel zu machen.
2. Die Verwaltungsvorschrift auch für anspruchsvolle Luftqualitätsziele rechtssicher machen.
3. Den Kommunen mehr Entscheidungsfreiheit beim Abbau der Luftverschmutzung in den Innenstädten geben: Diese Vorschrift gängelt - statt vor Ort situationsgerecht gute, umweltgerechte Lösungen zu ermuntern.

Die Tatsache, daß sich so viele Bürger an drastische Tempolimits zur Bekämpfung des Sommersmogs gehalten haben, heißt: Die Bürger werden zunehmend eine umweltverträgliche Verkehrsgestaltung einklagen. Dafür brauchen die Kommunen ein gut handhabbares Instrument. Diese Verwaltungsvorschrift leistet das nicht.

(-/11. August 1994/hgs/ks)
